

Vorbemerkung der SWG: Es ist an der Zeit, sich Gedanken im Sinne des nachfolgenden Artikels zu machen und entsprechende Konsequenzen zu ziehen, bevor es zu spät ist. Die soziale Frage in Verbindung mit der hohen Arbeitslosigkeit wird immer drängender. Besonders bedrückend ist dabei die zum Teil ernste Perspektivlosigkeit für die junge Generation, besonders auch in Mitteldeutschland. Wie wir im vergangenen Bundestagswahlkampf erlebt haben, zeigt die Union eine erschreckende Konzeptionslosigkeit, während die bloße Berufung auf soziale Gerechtigkeit durch die Linke ebenfalls keinerlei realistischen Lösungsansatz aufzeigt. Wer ist schon in der Lage, zu erklären, was soziale Gerechtigkeit eigentlich ist? Bedeutet das etwa Umverteilung, die auch den Faulen und Dummen sowie den Unfähigen zum Nachteil der Tüchtigen und Fleißigen zugute kommt? Der überzeugenden Analyse folgt hier leider kein ebenso überzeugender Lösungsansatz. „Eine gemeinsame defensive Wirtschafts- und Sozialpolitik im Rahmen der Europäischen Union“ und „ein bißchen Beschränkung des weltweit entfesselten ökonomischen Wettbewerbs“ sind zwar durchaus erwägenswerte Grundsätze, die aber mit Substanz angereichert werden müssen, um Wege der Verwirklichung angehen zu können.

-

© JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. www.jungefreiheit.de 51/05 16. Dezember 2005

Der totalitäre Wettbewerb

von Lothar Czayka

Durch Konzentration auf die formalen Bedingungen ökonomischer Effizienz unter weitgehender Ausblendung der sozialen Probleme haben die zeitgenössischen Ökonomen die ökonomische Problematik trivialisiert.

Nicht nur die öffentliche Diskussion über das sich immer weiter zuspitzende Beschäftigungsproblem, sondern auch die faktische Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie die gesamte Gesellschaftspolitik werden bei uns seit langem - ziemlich unabhängig von der jeweiligen Regierungskoalition - vom neoliberalistischen Patentrezept beherrscht: Weniger Staat! Mehr Wettbewerb in der Wirtschaft und in allen anderen Lebensbereichen! Vom allumfassenden weltweiten wirtschaftlichen Wettbewerb profitieren alle Menschen! Der wettbewerbliche Marktmechanismus regelt alle ökonomischen Probleme zum Besten!

Der Arbeitsmarkt? Im Prinzip ein Markt wie jeder andere! Arbeitslosigkeit? Bei freiem Wettbewerb auf seiten der Anbieter von Arbeitskraft würde der Preismechanismus ziemlich schnell für Abhilfe sorgen. Die Löhne würden so lange sinken, bis der Ausgleich von Angebot und Nachfrage erreicht wäre. Könnten die "Gleichgewichtslöhne" angesichts des gigantischen Arbeitskräfte-Angebots auf dem globalen Arbeitsmarkt auch Hungerlöhne sein? Wer in der globalen Tauschgesellschaft heute nichts anderes anzubieten hat als durchschnittlich qualifizierte Arbeitskraft, ist schlecht dran. Was soll's.

Diese Vulgärversion der seit den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts vor allem in den USA reanimierten und modisch aufgeputzten klassisch-neoklassischen Wirtschaftstheorie wurde nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme zur Grundlage einer totalitären neoliberalistischen Ideologie, die sich heute in den Köpfen regelrecht festgefressen hat. Die Protagonisten des freien Wettbewerbs predigen ständig die Notwendigkeit lebenslangen Lernens in der "Wissensgesellschaft" und sind selbst nicht fähig oder nicht willens zu lernen. Alle der klassisch-neoklassischen Theorie widersprechenden historischen Erfahrungen sind vergessen oder werden radikal verdrängt.

Nun dürfte es inzwischen ganz unbestritten sein, daß freier wirtschaftlicher Wettbewerb immer noch das wirksamste Mittel ist für die Anpassung der Güterproduktion an die in

den Kaufakten offenbaren Konsumenten-Präferenzen, für die Minimierung der Produktionskosten, für die Steigerung der Produktivität durch technischen Fortschritt und für die Entwicklung neuer Produkte. Unter bestimmten sozialen Rahmenbedingungen führt das zweifellos auch zur Förderung des allgemeinen Wohlstands. Was aber dem freien Wettbewerb darüber hinaus an guten Dingen zugeschrieben wird, hält einer genaueren Analyse kaum stand.

"Freier Wettbewerb" bedeutet nicht "Freiheit des Menschen" in einem umfassenden Sinne, sondern im wesentlichen nur "Freiheit vom Staat". Im Produktionsbereich ist freier Wettbewerb eher ein subtiles Zwangssystem, ein System totaler wechselseitiger Abhängigkeit der Akteure. Nur darauf beruht seine "Effizienz". Alle Mitspieler befinden sich - wie die Ökonomen heute sagen - in einem "Gefangenen-Dilemma", und selbst die Starken versuchen ständig, durch kooperative Wettbewerbsbeschränkungen, Fusionen, freundliche oder feindliche Übernahmen oder ruinöse Verdrängungsschlachten dem Dilemma zumindest für eine gewisse Zeit zu entkommen.

Die Einsicht, daß dem schrankenlosen Wettbewerb eine Tendenz zur Selbstzerstörung durch zunehmende wirtschaftliche Konzentration innewohnt, nahm Walter Eucken, der Begründer der Freiburger Schule des Ordoliberalismus, zum Anlaß, die Einrichtung eines unabhängigen Monopolaufsichtsamtes zu fordern, dessen heroische Aufgabe die Schaffung und Aufrechterhaltung machtfreier Marktstrukturen sein sollte. Unsere Kartell-Behörden sind aber nur zahnlose Tiger.

.....

Es kann bei freiem Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt auch dazu kommen, daß bei sinkenden Löhnen nicht weniger, sondern mehr Arbeitskraft angeboten und damit eine sozial bedenkliche Abwärtsspirale in Gang gesetzt wird.

.....

Bei einer nüchternen Beurteilung der "Effizienz" des entfesselten wirtschaftlichen Wettbewerbs müssen immer auch die nicht unbeträchtlichen sozialen Kosten berücksichtigt werden, die er verursacht: Umweltschäden, übermäßiger Ressourcen-Verzehr durch beschleunigte Obsoleszenz bei vielen Produkten, Übertragung aggressiven Verhaltens in alle Lebensbereiche, Verarmung der menschlichen Beziehungen, Zunahme psychischer Krankheiten, Zunahme von Korruption und Kriminalität. Allzu schnell wird Altes durch Neues verdrängt, oft bewährte Institutionen und ausgereifte Produkte durch unausgeglichene Reformen und modische Flops. Die Gesellschaft wird entsolidarisiert. Ständig werden die Menschen dazu aufgefordert, sich in allen Dimensionen miteinander zu vergleichen und in Rangordnungen zu bringen. Der Geschwindigkeitswahn läßt kaum noch Zeit zum Nachdenken. Bei der hektischen Jagd nach materiellem Erfolg wird kaum ein Tabu verschont. Everything for sale, wenn es profitabel ist. Der große Liberale Wilhelm Röpke sprach vom "Wettbewerb als Moralzehrer", Rousseau von "Denaturierung", Marx von der "Entfremdung" des Menschen in der Wettbewerbsgesellschaft.

"Freier Wettbewerb" bedeutet nicht in jedem Falle "Einkommen nach Leistung". Auch mittlere Talente, die gelegentlich in die Vorstandsetagen gelangen und schnell ein Elite-Bewußtsein entwickeln, können beträchtliche Saläre erzielen, während Tätigkeiten, durch die ganz unmittelbar intensive menschliche Bedürfnisse befriedigt werden - wie etwa Reinigungsarbeiten -, meist nur bescheiden entlohnt werden. Selbst der Erzliberale Friedrich Hayek sagt: "Es ist ein Verfahren, das (...) in allen wichtigen Hinsichten (...) einem Spiel ganz analog ist, einem Spiel nämlich, das zum Teil ein Geschicklichkeits-, zum Teil ein Glücksspiel ist."

Das Spiel ist zwar nicht immer ein Nullsummen-Spiel, aber Spieler ohne Fortune gibt es dennoch in großer Zahl, die pay-offs sind sehr unterschiedlich, und man kann nicht beliebig oft daran teilnehmen. Ganz abgesehen von unlauteren Praktiken haben also die zeitweiligen Gewinner nicht in jedem Falle Grund zum Hochmut gegenüber den zahlreichen Verlierern, sie sollten eher bescheiden und dankbar sein für das oft unverdiente Glück.

Freier wirtschaftlicher Wettbewerb bedeutet nicht "Konsumenten-Souveränität" im Sinne eines Auftragsprinzips. Was produziert wird, entscheiden zunächst immer die Produzenten. Die Konsumenten können nachträglich auswählen aus einem heutzutage allerdings überaus reichhaltigen Güterangebot und damit - zumindest teilweise - die künftige Güterproduktion bestimmen. Je schärfer der Wettbewerb zwischen den Produzenten, um so größer sind zwar die Vorteile für die Konsumenten. Aber es wird nur allzu oft vergessen, daß die meisten Menschen nicht nur Konsumenten, sondern in einem weiten Sinne auch "Produzenten" sind und als solche eben auch von den Härten des Wettbewerbs in der Produktionssphäre betroffen werden. Es handelt sich sozusagen um ein System, das die Menschen zwingt, sich in der Produktion das Leben sauer zu machen, um dann im Konsum-Bereich "königlich" belohnt zu werden.

Daß freier Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt zu sozial unakzeptablen Ergebnissen führt, das sah schon Adam Smith, der große Vorkämpfer des Wettbewerbsprinzips. Er ging davon aus, daß die Unternehmer auf dem Arbeitsmarkt immer im Vorteil seien, weil sie sich bezüglich der Arbeitsbedingungen - insbesondere bezüglich der Lohnhöhe - wegen ihrer relativ geringen Anzahl immer leicht verständigen, also den Wettbewerb auf ihrer Marktseite ausschalten könnten und dies normalerweise auch tun würden. Deshalb plädierte er für die Aufhebung des zu seiner Zeit noch geltenden Koalitionsverbots für die Arbeiter. Fernerhin kann es bei freiem Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt auch dazu kommen, daß bei sinkenden Löhnen nicht weniger, sondern mehr Arbeitskraft angeboten und damit eine sozial bedenkliche Abwärtsspirale in Gang gesetzt wird.

Vor allem aber: Freier Wettbewerb bietet keine Garantie für dauerhafte Vollbeschäftigung. Im Gegenteil: Freier Wettbewerb bedeutet eine prinzipielle Unsicherheit aller Arbeitsplätze. Je schärfer der Wettbewerb, um so stärker der Zwang zu technologischer und organisatorischer Rationalisierung der Produktion mit der Folge mehr oder weniger umfangreicher Freisetzung von Arbeitskräften. Selbst bei hoher beruflicher und räumlicher Mobilität der freigesetzten Arbeitskräfte ist es - insbesondere bei unzureichender volkswirtschaftlicher Gesamtnachfrage nach Gütern und Diensten - durchaus nicht sicher, ob sie an anderer Stelle bald wieder einen neuen Arbeitsplatz finden. Im übrigen ist die von den Arbeitskräften erwartete Mobilität mit beträchtlichen individuellen und gesamtwirtschaftlichen Kosten verbunden und bedeutet für viele Menschen auch den endgültigen materiellen und sozialen Abstieg. Zu einem guten Leben gehört sowohl ein gewisses Maß an materiellem Wohlstand, und es gehören auch befriedigende Arbeitsbedingungen, soziale Integration und Anerkennung und ein bißchen Ruhe und Sicherheit dazu.

Für den Laissez-faire-Kapitalismus, auf den wir uns heute tendenziell wieder zubewegen, gibt es reichhaltiges historisches Anschauungsmaterial. Die wirtschaftspolitischen Prinzipien von Adam Smith und David Ricardo wurden im neunzehnten Jahrhundert in Westeuropa und in den USA weitgehend in die Praxis umgesetzt. Auf dem Hintergrund der vorangegangenen sozio-ökonomischen und politischen Verhältnisse war es einerseits ein sehr fortschrittliches System. Es ermöglichte in jenen Ländern die Industrialisierung und damit eine ungeahnte Steigerung der Produktivität und des wirtschaftlichen Wachstums. Aber die Schattenseiten werden von den modernen Wettbewerbsaposteln nur allzu gern verschwiegen oder bagatellisiert.

Über das Elend der "freien" Lohnarbeiter im Frühkapitalismus kann man in vielen Werken der Weltliteratur nachlesen: Hungerlöhne, Zwölfstundentag, Kinderarbeit, Elendsquartiere, keine Absicherung gegen Unfälle, Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit. Es

war der Nährboden für die Entwicklung der Marxschen Theorie und für die Entstehung der Arbeiterbewegung. Selbst den Unternehmern war der schrankenlose nationale und internationale Wettbewerb auf die Dauer zu strapaziös. Gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts schlossen sie sich massenhaft zu Kartellen und Syndikaten zusammen und riefen den Staat gegen die ausländische Konkurrenz zu Hilfe.

.....

Wenn der weltweit entfesselte ökonomische Wettbewerb nur wenigen nützt und vielen schadet, dann sollte es möglich sein, ihn wieder ein bißchen zu beschränken, bevor die sozialen Probleme außer Kontrolle geraten.

.....

Spätestens nach der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hatte der klassische Wirtschaftsliberalismus denn auch seine Faszination verloren. Auf dem Hintergrund jener historischen Erfahrungen und angesichts der Existenz eines alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems in der Sowjetunion entwickelte sich allmählich in fast allen westlichen Ländern ein "wohlfahrtsstaatlicher Kapitalismus". Man hatte erkannt, daß soziale Sicherung und eine maßvolle soziale Umverteilungspolitik zu notwendigen Voraussetzungen für die gesellschaftliche Stabilität des kapitalistischen Systems geworden waren. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in der Bundesrepublik das Konzept der "Sozialen Marktwirtschaft" realisiert, in dessen Rahmen die kapitalistische Entfaltung der Produktivkräfte erstmalig auch zu einer bemerkenswerten Steigerung des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten führte.

Heute wird das System bedroht durch die hohe und seit Jahren immer wieder zunehmende Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der weitgehenden Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs, der Arbeitskräfte-Migration aus den östlichen Ländern und dem sich beschleunigenden technischen Fortschritt. Hinzu kommt die jahrzehntelange neoliberalistische Indoktrination. Die Arbeitgeber versuchen, die Situation für eine Umkehr ins neunzehnte Jahrhundert zu nutzen und fordern im Namen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von jeder Regierung vor allem eine weitgehende Deregulierung des Arbeitsmarktes: Abbau der Arbeitgeber-Beiträge zur Sozialversicherung, Abbau des Kündigungsschutzes, unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau der Mitbestimmung, Aufweichung des Flächentarifvertrags oder am besten gleich Auflösung der Gewerkschaften. Fernerhin: immer weitergehende steuerliche Erleichterungen für die Wirtschaft, Reduzierung der Staatsausgaben vorzugsweise durch Kürzung von Sozialleistungen, Abbau bürokratischer Hemmnisse. Obwohl eine Politik in dieser Richtung zumindest ansatzweise ja schon seit vielen Jahren ohne jeden Erfolg betrieben wurde, hat man in den gegenwärtigen Koalitionsvereinbarungen ihre verstärkte Weiterführung festgeschrieben.

Die Vorstellung, daß unsere wirtschaftlichen Probleme, die zu einem guten Teil gerade durch die Verschärfung des Wettbewerbs hervorgerufen wurden, nur durch weitere Verschärfungen des Wettbewerbs gelöst werden könnten, ist einigermaßen absurd.

Die Verheißung der Deregulierungsapostel, daß wir langfristig doch alle von der Intensivierung und Ausweitung des wirtschaftlichen Wettbewerbs mehr oder minder profitieren würden, ist für diejenigen Menschen wenig tröstlich, die heute auf Grund des deregulierten Wettbewerbs zwischen den global operierenden Produktions- und Finanzunternehmen ihren Arbeitsplatz verlieren oder eine wesentliche Verschlechterung ihres Lebensstandards hinnehmen müssen. Der Ausweg aus dem globalen "Gefangenen-Dilemma", in dem wir uns mittlerweile befinden, kann nur in dem Versuch liegen, im Rahmen der Europäischen Union eine gemeinsame defensive Wirtschafts- und Sozialpolitik zustande zu bringen. Wenn der weltweit entfesselte ökonomische

Wettbewerb nur wenigen nützt und vielen schadet, dann sollte es möglich sein, ihn wieder ein bißchen zu beschränken, bevor die sozialen Probleme außer Kontrolle geraten.

Prof. Dr. Lothar Czayka lehrte von 1974 bis 2002 Wirtschaftstheorie, Wirtschaftspolitik und Methodologie der Wirtschaftswissenschaften an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.